

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	XVII
<b>Einleitung</b>	1
<b>§ 1 Problemaufriss</b>	1
<b>§ 2 Gang der Untersuchung</b>	12
<b>1. Kapitel:</b>	
<i>Grundlagen und rechtstatsächliche Ausgangslage der Arbeitnehmerüberlassung</i>	
	15
<b>§ 1 Begrifflichkeiten der Arbeitnehmerüberlassung</b>	15
<b>§ 2 Tatsächliche und rechtliche Entwicklung</b>	
<b>der Arbeitnehmerüberlassung in Deutschland</b>	18
I. Vom Verbot der Leiharbeit bis zur Deregulierung	
im Zuge der „Hartz – Reformen“	18
II. Die Re-Regulierung der Leiharbeit mit den Reformgesetzen 2011	
1. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt vor der	
Gesetzesänderung 2011	21
2. Reaktionen des Gesetzgebers	24
III. Jüngere tarifliche Entwicklungen in der Zeitarbeit	27
1. Branchenzuschlagstarifverträge	27
2. Dreiseitige Tarifverträge	28
3. Regelungen zur Leiharbeit in Tarifverträgen	
mit dem Entleiher	29
IV. Fazit	34
<b>2. Kapitel:</b>	
<i>Die grundsätzliche Zulässigkeit von Unterstützungsstreiks</i>	
<i>– Eine verfassungsdogmatische Notwendigkeit?</i>	35

<b>§ 1 Der Unterstützungsstreik - Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen</b>	<b>35</b>
I. Begriffsbestimmung	35
II. Erscheinungsformen des Unterstützungsstreik und dessen Abgrenzung zur Teilnahme am Hauptarbeitskampf	40
1. Streik gegen den rechtlich selben Arbeitgeber	41
1.1 Streik in unterschiedlichen fachlichen Tarifgebieten	41
1.2 Beteiligung von Arbeitnehmern außenseitern	43
1.3 Auswirkungen der Aufgabe des Grundsatzes der Tarifeinheit auf die Definition des Unterstützungsstreiks	45
2. Streik gegen (rechtlich) unterschiedliche Arbeitgeber	49
3. Fazit	50
<b>§ 2 Rechtsgrundlagen für die Bewertung der Zulässigkeit von Unterstützungsstreiks</b>	<b>52</b>
I. Rechtsgrundlage des Streikrechts	52
II. Zulässigkeit und Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung	55
III. Fazit	59
<b>§ 3 Relevante Entscheidungen des BVerfG und BAG für die Bewertung der Rechtmäßigkeit von Unterstützungsstreiks</b>	<b>60</b>
I. Grundlegende Entscheidungen des BVerfG und BAG zum Arbeitskampf und zur „Kernbereichslehre“	62
1. Beschluss des BVerfG vom 19.02.1975	62
2. Grundsatzentscheidungen des BAG aus dem Jahr 1980 und die Anwendung der „miss-verstandenen“ Kernbereichsformel	65
3. Aufgabe der Kernbereichslehre mit der Entscheidung des BVerfG vom 14.11.1995	69

4. Grundsatzentscheidung des BVerfG zum Arbeitskampfrecht vom 26.06.1991 und nachfolgenden Konkretisierungen	71
5. Fazit	74
<b>II. Entwicklung der Rechtsprechung zur Rechtmäßigkeit von Unterstützungsstreiks</b>	<b>77</b>
1. Rechtsprechung des Reichsgerichts und Rechtsprechung in der frühen Bundesrepublik	77
2. Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts aus den Jahren 1985 und 1988	81
3. Entscheidung des BAG vom 19.06.2007	89
<b>§ 4 Die regelmäßige Zulässigkeit von Unterstützungsstreiks</b>	
– Bewertung der verfassungsrechtlichen Neuerungen in der Entscheidung des BAG vom 19.06.2007	94
I. Verfassungsrechtliche Argumentation des BAG	94
II. Bewertung der Grundrechtsdogmatik des BAG	101
1. Das „neue“ Schutzbereichsverständnis des BAG	101
1.1 Beruhen des „alten“ Schutzbereichsverständnisses des BAG auf der Kernbereichslehre	101
1.2 Fortgeltung eines schutzbereichsbegrenzenden „Erforderlichkeitsvorbehalts“	104
1.2.1 Problemstellung	104
1.2.2 Stellungnahme	107
1.2.3 Fazit	110
1.3 Erfordernis eines unmittelbaren Tarifbezugs	111
1.3.1 Der Tarifbezug in der Rechtsprechung von BVerfG und BAG	111
1.3.2 Unterstützungsstreik als Hilfsinstrument der Tarifautonomie?	113
1.3.3 Fazit	121

2. Arbeitskampfmittelfreiheit und Verhältnismäßigkeitsprinzip als zentrale Bestandteile der Rechtmäßigkeitsprüfung	121
2.1 Ansicht des BAG	121
2.2 Kritik im Schrifttum	123
2.3 Stellungnahme	125
3. Verstoß gegen Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG ?	132
4. Ergebnis	135
<b>§ 5 Kriterien des BAG zur konkreten Rechtmäßigkeitsprüfung eines Unterstützungsstreiks und deren Anwendung in den nachfolgenden Instanzgerichtsentscheidungen</b>	<b>139</b>
I. Vorgaben des BAG zur Angemessenheitsprüfung in seiner Entscheidung vom 19.06.2007	139
II. Konkretisierung der Vorgaben des BAG durch die nachfolgende Instanzgerichtsrechtsprechung und die Folgeentscheidung des BAG vom 19.06.2012	141
1. Überblick	141
2. Entscheidung des LAG Baden-Württemberg vom 31.03.2009	142
3. Entscheidung der 9. Kammer des ArbG Frankfurt am Main vom 28.02.2012	144
4. Entscheidung der 10. Kammer des ArbG Frankfurt am Main vom 27.03.2012	146
5. Die Entscheidung des ArbG Marburg vom 10.12.2010	147
6. Die Entscheidung des BAG vom 19.06.2012	148
III. Fazit	149
<b>3. Kapitel:</b> <i>Verhältnismäßigkeit von Unterstützungsstreiks der Stammbelegschaft bei Arbeitskämpfen in der Zeitarbeitsbranche</i>	<b>153</b>
<b>§ 1 Rechtmäßiger Hauptarbeitskampf</b>	<b>153</b>

I. Grundsätzliche Bewertung des Kriteriums	
– Problem der Überprüfbarkeit durch den vom Unterstützungsstreik betroffenen Arbeitgeber, Verstoß gegen Art. 103 Abs. 1 GG	153
II. Problematische Fallvariante	157
1. Arbeitskämpfe um Branchenzuschlagstarifverträge	157
2. Problem der Tarifzuständigkeit der Branchengewerkschaften	157
§ 2 Kein Verstoß gegen die Friedenspflicht	161
I. Grundsätzliche Bewertung – Reichweite der Befriedungsfunktion	161
II. Kein vorweggenommener Hauptarbeitskampf	166
1. Grundsätzliche Problemstellung – Möglichkeit Einer rechtsmißbräuchlichen Umgehung der Friedenspflicht	166
2. Bewertung in Rechtsprechung und Schrifttum	168
3. Stellungnahme	171
4. Fazit	174
III. Verletzung der Friedenspflicht aufgrund der Besonderheit von in Entleihtarifverträgen enthaltener Regelungen zur Leiharbeit	175
IV. „Nachgelagerter“ Hauptarbeitskampf bei dreiseitigen Tarifverträgen	178
§ 3 Bewertung der Nähebeziehung als Kriterium der Verhältnismäßigkeitsprüfung	180
I. Grundsätzliche Eignung/ Ausagekraft für die Verhältnismäßigkeit des Arbeitskampfes	180
1. Verfassungsrechtliche Vorüberlegungen	180
2. Prüfung einer vorhandenen Nähebeziehung in der Rechtsprechung des BAG	181
3. Vorhandensein einer Nähebeziehung als geeignetes Prüfkriterium zur Bewertung der Angemessenheit eines Unterstützungs-	

streiks	182
II. Jegliche informelle Einflussnahmemöglichkeit oder auch nur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ausreichend?	186
III. Nähebeziehung ausschließlich bei (konzern-) rechtlich gesicherten Einflussnahmemöglichkeiten?	189
IV. Nähebeziehung außerhalb konzernrechtlicher Strukturen	197
1. Rechtliche oder faktische Bewertungskriterien?	197
2. Aussagekraft der mit den Überlassungsverträgen bestehenden Dienstleistungsbeziehung	200
2.1 Unmittelbare Schädigungswirkung beim Verleihbetrieb	201
2.2 Erzwingung einer effektiven Einflussnahme	205
2.3 Fazit	209
3. Aussagekraft einer räumlichen Nähe zwischen Haupt- und Unterstützungsstreik	210
4. Aussagekraft einer identischen Branchenzugehörigkeit	214
§ 4 Weitere bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung für relevant erachtete Kriterien	217
I. „Neutralitätsverletzungen“	217
1. Grundsätzliche Eignung der Fallgruppe	218
2. „Neutralitätsverletzungen“ des Entleihers	224
II. Identität der streikenden Gewerkschaften	228
III. Unverhältnismäßigkeit wegen Schwerpunktverlagerung	231
1. Generelle Betrachtung des Kriteriums der Schwerpunktverlagerung	231
1.1 Problemstellung/ Notwendige Konkretisierungen	231

1.2 Streitstand zur Art und Weise der Schwerpunktsbestimmung	233
1.2.1 Schwerpunktbestimmung durch die Anzahl der am Streik beteiligten Arbeitnehmer/ ausgefallene Arbeitsstunden	233
1.2.2 Schwerpunktbestimmung anhand der Auswirkungen des Streiks	234
1.3 Teleologische Betrachtung/ Stellungnahme	235
1.4 Fazit	248
2. Schwerpunktverlagerung auf den Streik der Stammbelegschaft	249
2.1 Praktische Bedeutung	249
2.2 Stellungnahme	251
3. Fazit	256
§ 5 Ergebnis	257
<b>4. Kapitel:</b> <i>Erkämpfbarkeit drittbezogener Vergütungsregelungen im Tarifvertrag des Einsatzunternehmens</i>	261
§ 1 Einleitung	261
§ 2 Streitstand zur Erstreichbarkeit „fremdnütziger“ Tarifforderungen – Übertragbarkeit der Wertungen zur Zulässigkeit von Unterstützungsstreiks	265
I. Der Tarifbezug	265
1. Kritik der fehlenden Tarifmacht	265
2. Normative Regelungsmacht der Tarifvertragsparteien	267
2.1 Streitstand	270
2.1.1 Ablehnende Auffassung	271
2.1.2 Befürwortende Auffassung	272
2.1.3 Stellungnahme	275

a) Normative Regelungsbefugnis auf- grund des arbeitsrechtlichem Charakters der zwischen Leiharbeit- nehmer und Entleiher bestehenden Rechten und Pflichten	275
b) Normsetzungsbefugnis zum Schutz der Funktionsfähigkeit der Tarif- autonomie	277
2.1.4 Fazit	281
3. Übertragbare Wertungen aus den Schutz- bereichsüberlegungen zur Zulässigkeit von Unterstützungsstreiks	282
3.1 Tarifvertragsbezogenheit des Arbeits- kampfes	282
3.2 Fazit	295
3.3 Veränderte Auffassung des BAG zum Verständnis von Art. 6 Abs. 4 ESC Indiz für eine Aufgabe des zwingenden Tarifbezugs von Arbeitskämpfen	296
4. Ergebnis	304
<b>II. Zugriff auf das Güter- bzw. Dienstleistungsmarkt- verhalten als Regelung der „Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“</b>	305
1. Einleitende Überlegungen	305
2. Problemstellung bei fremdnützigen Tarif- forderungen	307
3. Streitstand	310
3.1 Formelle Betrachtungsweise	310
3.2 Materielle Betrachtungsweise	311
4. Stellungnahme	314
5. Übertragbare Wertungen aus der Zulässigkeit von Unterstützungsstreiks	319

5.1 Gemeinsamkeiten der fehlenden tariflich regelbaren Streikforderung sowie der Nutzung der Marktmacht des direkt bestreikten Arbeitgebers	319
5.2 Übertragbare Wertungen	320
5.3 Möglichkeit eines „Erst-Recht-Schlusses“	323
5.3.1 Milderes Mittel für Entleiher	323
5.3.2 Milderes Mittel für Verleiher	325
5.3.3 Kein Erst-Recht-Schluss bei Unzulässigkeit eines hypothetischen Unterstützungsstreiks – Verstoß gegen die Friedenspflicht?	326
6. Übertragbare Wertungen aus der Verhältnismäßigkeitsprüfung des BAG von Unterstützungsstreiks	330
6.1 Einleitende Überlegungen	330
6.2 Übertragbare Wertungen	331
6.2.1 Wirtschaftliche statt rechtliche Betrachtung der Verbindung zwischen primären und sekundären Kampfgegner	331
6.2.2 „Neutralitätsverletzung“ bzw. „Einmischung“	333
6.2.3 Identität der kämpfenden Gewerkschaften	336
6.2.4 Schwerpunktverlagerungsverbot	338
III. Fazit	342
§ 3 Verhältnismäßigkeit des auf Einflussnahme auf Überlassungsverträge abzielenden Arbeitskampfs	341
I. Grundsätzlich zu berücksichtigende Grundrechtskollisionen	341
II. Entgegenstehende Rechte	345

1. Eingriff in die Koalitionsfreiheit anderer Gewerkschaften	345
2. Eingriff in die Berufsfreiheit des Verleiher	349
3. Eingriff in die Berufsfreiheit des Entleiher	357
4. Rechte der Leiharbeitnehmer	359
5. Fazit	360
<b>§ 4 Ergebnis</b>	<b>361</b>
<b>Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse</b>	<b>365</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>369</b>
<b>Lebenslauf des Verfassers</b>	<b>406</b>